

10 Jahre Globale Finanz- und Wirtschaftskrise. Wo stehen wir heute?

24. Oktober 2018, Restaurant „Zeitfür“ in Hannover

Vor 10 Jahren erschütterte die schlimmste Finanzkrise seit den 1930er-Jahren, ausgehend von den USA, die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten. Zu dieser etwas anderen Art des Jubiläums trafen sich auf Einladung des Forums für Politik und Kultur e.V. und des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung Interessierte im Zeitfür in Hannover, um zu diskutieren, wo die Welt heute steht.

Nach einer kurzen Einführung von **Urban Überschär**, dem Leiter des Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung und **Dr. Arno Brandt**, Vorsitzender des Forums für Politik und Kultur e.V., die beide die extremen Auswirkungen der Finanzkrise auf Deutschland und andere europäische Länder betonten, begann **Alexander Hagelücken** seinen Vortrag. Der Journalist und Autor des Buches „Das



[Alexander Hagelücken](#)

gespaltene Land“ gab einen historischen Überblick über die Vorgänge, die zur Krise 2008 geführt haben. Bereits in den 1980er-Jahren hätten die Regierungschefs Ronald Reagan und Margaret Thatcher begonnen, Regeln zur Regulierung der Finanzmärkte zu lockern, die nach der Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren aufgestellt worden waren. Die Banken hätten dadurch regelrecht Anreize erhalten, sich nach und nach in immer risikoreicheren Geschäften zu engagieren. Außerdem

hätten sogenannte „Ninja“-Kredite ein großes Problem dargestellt. Ninja steht hierbei für no income, no job, no asset, auf deutsch: kein Einkommen, keine Arbeit, keine Vermögenswerte. Diese Kredite seien in den USA gehäuft für den Kauf von Immobilien an Menschen vergeben worden, die keinerlei Sicherheiten vorweisen konnten.

Als 2007 Zweifel an den gängigen Praktiken der Banken aufkamen, seien Kritiker_innen nicht gehört worden und die Welt schlitterte ein Jahr später in die Finanzkrise. Mit der Insolvenz der Lehman Brothers in den USA begann es. Die Immobilienblase in den USA platzte, die Aktien fielen weltweit in

den Keller und tausende Menschen verloren in den darauffolgenden Monaten ihre Jobs. Doch wer übernahm die Verantwortung? **Hagelüken** kritisierte, dass niemand aus der Finanzbranche, die die hohen Risiken eingegangen war, zur Verantwortung gezogen wurde. Die Krise kostete alleine Deutschland ca. 60 Milliarden Euro, die für die Rettung der Banken und diverse Konjunkturpakete verwendet wurden. Aus dieser Wirtschaftskrise entwickelte sich zudem eine Währungsunion in der Europäischen Union. Durch die Zinsen, die die Notenbank jahrelang sehr niedrig gehalten hatte, hätten sich Staaten stärker verschuldet als es ihre eigentliche Wirtschaftsleistung zugelassen hätte. Besonders Griechenland, aber auch andere Länder Südeuropas, wurden daher besonders hart von der Krise getroffen. Haben die Regierungen daraus gelernt? Zwar sei zuerst eine strengere staatliche Aufsicht verordnet worden, so Hagelüken, doch aktuell gebe es einige Anzeichen, dass Banken die gleichen Fehler wiederholen. Immer noch gingen sie hohe Risiken ein, die niedrigen Zinsen würden zu Spekulationen verleiten und die Ungleichheit innerhalb der europäischen Staaten steige weiterhin an.



Daniela Milutin

Im Anschluss an den Vortrag leitete die Moderatorin **Daniela Milutin**, Leiterin der Pressestelle beim ver.di Bundesverband, die Podiumsdiskussion ein. Zuerst ging es vertiefend um die Frage, ob die Regierungen Europas genug aus dieser Krise gelernt haben. Vor kurzem kam der Skandal um die Cum-Ex-Geschäfte ans Licht und wirft die Frage auf, ob die Regeln für die Finanzbranche streng genug sind. **Torsten Windels**, ehemaliger Chefvolkswirt bei der Nord LB, warf der Politik vor, dass sie nicht konsequent genug daran arbeite, Steuerschlupflöcher zu schließen. Auch **Cansel Kiziltepe MdB**, stellvertretende finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, hält die aktuellen Regeln für die Finanzmärkte noch für unzulässig. Banken müssen ihrer Meinung nach immer noch zu wenig Eigenkapital nachweisen.

Auf die Rolle der Gewerkschaften im Zuge der Finanzkrise angesprochen, wies dann **Dr. Mehrdad Payandeh**, Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt, darauf hin, dass die Gewerkschaften als Korrektiv gewirkt haben. Sie hätten maßgeblich am zweiten Konjunkturpaket in Deutschland mitgewirkt und somit viele Jobs bewahrt.

Außerdem kam die Frage auf, wie man eine erneute Finanzkrise, die momentan von vielen Expert_innen prognostiziert wird, verhindern kann. Für Cansel Kiziltepe wäre ein wichtiger Faktor für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte die Einführung einer



Cansel Kiziltepe MdB

Finanztransaktionssteuer. Jedoch gebe es innerhalb der Europäischen Union im Moment keine Einigkeit über eine derartige Steuer. Es wäre ihrer Meinung nach aber wichtig, durch solche Maßnahmen einer erneuten Finanzkrise vorzubeugen, denn nach dem Krisenjahr 2008 begann das Erstarken rechtspopulistischer Parteien in ganz Europa. Durch den von Deutschlands Regierung angeordneten harten Sparkurs wäre die Unzufriedenheit in vielen Ländern gestiegen und Populisten hätten davon profitieren können.

An diesen Hinweis schloss sich eine Diskussion um die Rolle Deutschlands innerhalb der EU an, besonders im Hinblick auf die Lage der südeuropäischen Länder wie Griechenland, die von der Krise besonders hart getroffen wurden und nur durch Maßnahmen der EU gerettet werden konnten. Payandeh zeigte Verständnis für die Unzufriedenheit der Menschen in Italien und anderen südeuropäischen Staaten, denn dort gebe es immer noch viele Probleme. Deutschland sei geradezu hochnäsiger aufgetreten und hätte anderen europäischen Ländern einen Sparkurs vorgeschrieben. Alexander Hagelüken sieht die Rolle Deutschlands während der Krise ebenfalls kritisch, allerdings hätten sich auch die anderen Mitgliedsstaaten falsch verhalten und durch Maßnahmen wie die Absenkung des Rentenalters (Italien) oder eine Senkung der Steuern (Griechenland) ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit gemindert.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum kam dann die Frage auf, wie man besonders Arbeitnehmer_innen vor der nächsten Finanzkrise schützen kann. Mehrdad Payandeh plädierte für eine stärkere Tarifbindung. Dadurch würden vor allem Leiharbeiter_innen besser geschützt werden, die es in der vergangenen Finanzkrise besonders hart getroffen hätte.



Mehrdad Payandeh

Viele andere Wortmeldungen beschäftigten sich mit der Europäischen Union. Windels plädierte für eine stärkere

Zusammenarbeit, um die Währung in Europa zu stabilisieren. Damit könne man auch die Abhängigkeit zum amerikanischen Dollar ändern und Handelspartnern wie China eine Alternative zum Dollar anbieten. Für mehr Zusammenarbeit sprach sich auch Alexander Hagelüken aus. Steuertricks müssten auf internationaler Ebene aufgedeckt werden und es sollten mehr Expert_innen zu Rate gezogen werden, die die Regierung rechtzeitig unterstützen.



Torsten Windels

Zudem ging es um Deutschlands aktuelle wirtschaftliche Lage, insbesondere um die Exportüberschüsse und die sogenannte „schwarze Null“. Payandeh zitierte an dieser Stelle den Ökonomen Adam Smith:

„Es ist besser, reiche Nachbarn zu haben als arme.“ Daher sei der Exportüberschuss von Deutschland eigentlich keine gute Idee. Windels äußerte sich ebenfalls kritisch, denn seiner Meinung nach solle man beim Streben nach der schwarzen Null nicht die Investitionen in Bildung oder Infrastruktur außer Acht lassen.

Die Sprache kam zum Abschluss auf die viele Baustellen in der Gesellschaft und die schon angesprochene Ungleichheit. Cansel Kiziltepe plädierte für mehr Umverteilung und für Investitionen, die in Bildung und Infrastruktur fließen müssten. In der Großen Koalition sei es momentan jedoch schwierig, solche Entscheidungen durchzusetzen. Man müsse zudem das weitere Auseinanderdriften der EU verhindern, um auch große Umbrüche schaffen zu können, wie sie Ihrer Meinung nach auch von den Wähler_innen gewünscht werden.